Gila Altmann, 24.04.18

Liebe Kolleg*innen,

ein Jahr sind wir hingehalten worden, wurden Nebelkerzen geworfen, das Ziel klar vor Augen.

Am vorläufigen Ende wurde uns ein Trauerspiel um die Gesundheitsversorgung in 5 Akten präsentiert.

- 1. Akt: LR Weber verkündet vor dem BE, dass wenn nur einer schiefgeht, ist die ZK vom Tisch
- 2. Akt: GF Eppmann bekommt den Auftrag zur Planung eines Klinikverbundes und weiterer Alternativen
- 3. Akt: Es soll einen Verbund geben zwischen Emden und Aurich, Norden muss dran glauben.
- 4. Akt : Es soll einen Verbund geben zwischen Emden und RK Aurich und Norden müssen dran glauben.

Das ganze verkündet auf Grundlage von Zahlen, die wir bis heute nicht nachvollziehen können, da wir nicht wissen, wie sie zustande gekommen sind.

Was aber viel schlimmer als das Durcheinander und fehlende Daten und Fakten ist: Das Vertrauen in die Politik, Verwaltungsspitze und Geschäftsführung ist weg, Die Bürger*innen an der Nase herum geführt durch falsche Versprechen (Weber) und Umetikettierung zum Verbund Emden- Regionalklinik, wohl wissend dass dieses Konzept die Halbwertzeit von einem Jahr nicht überstehen – wenn der BE seine Gültigkeit verliert. Dann ist auch Emden dran.

Worüber sollen wir also in den nächsten Wochen entscheiden? Über ein Projekt, dass sowieso nicht kommt?

Denn das ist aus unserer Sicht der Akt: Rückkehr zum ehemaligen Konzept der ZK, mit allen seine Aspekten, die wir schon vor 2 Jahren diskutiert haben. Nur dass das Geld jetzt weg ist, die Klinik aus dem Krankenhausplan raus.

Hier haben sich die GF mit Billigung von LR und Bgm Zeit gekauft. Zeit, die zulasten aller drei Standorte geht. Damit sie das werden, was die ganze Zeit schon herbeigeredet wird, zu Klitschen, weil nichts mehr investiert wird.

Wir wissen um die schlechten Rahmenbedingungen für kleine KH bei Bund und Land. Aber, liebe KollegInnen von CDU und SPD, Ihre Mandatsträger sitzen in beiden Regierungen. Da wäre doch mal eine Initiative ganz angebracht. Der andere Teil ist die betriebswirtschaftliche Komponente vor Ort. Und auch da wissen wir, dass Optimierungspotentiale vorhanden sind. Vergessen wird dabei gern, um wen es eigentlich geht: Um die Bürge*innen. Bislang wurde die Diskussion nur aus der Warte der betriebswirtschaftlichen Betrachtung gesehen. Das Daseinsvorsorge auch seinen Preis hat, der in anderen Landkreis durchaus gezahlt wird, bleibt hier außen vor.

Wir wollen belastbare Zahlen und Daten: über Kosten, Patientenströme stationär und ambulant. Klare Aussagen zur Notfallsorge, die sie den Hausärzten auferlegen wollen und die das nicht mitmachen.

In dem Kontext finden wir übrigens einen **BE,** initiiert durch den Kreistag eine spannende Idee.